

# Inhaltsverzeichnis

<b>Literaturverzeichnis .....</b>	<b>XXI</b>
-----------------------------------	------------

<b>Erster Teil: Einleitung.....</b>	<b>1</b>
-------------------------------------	----------

A. Problemstellung .....	1
--------------------------	---

B. Gang der Untersuchung.....	5
-------------------------------	---

<b>Zweiter Teil: Grundprinzipien der Beendigung von Dauerschuldverhältnissen .....</b>	<b>9</b>
--	----------

A. Prinzip der Vertragsbeendigungsfreiheit .....	11
--	----

I. Vertragsbeendigungsfreiheit als notwendiges Element der Privatautonomie .....	11
--	----

II. Legitimation der einseitigen Vertragsbeendigungsfreiheit.....	12
---	----

1. Keine Ewigkeitsbindung wegen Richtigkeitsgewähr .....	13
--	----

2. Keine Ewigkeitsbindung wegen Grundsatzes der Vertragstreue.....	14
--	----

III. Zusammenfassung.....	16
---------------------------	----

B. Prinzip der sachlichen Rechtfertigung der Vertragsbeendigung.....	17
--	----

I. Ausnahme vom Prinzip der Vertragsbeendigungsfreiheit .....	17
---	----

II. Legitimation wegen Störung der Funktionsvoraussetzungen der Privatautonomie .....	17
---	----

1. Schutz der „unfreien“ abhängigen Arbeit des Arbeitnehmers.....	19
---	----

2. Schutz der unternehmerischen Entscheidungsfreiheit des Arbeitgebers.....	20
---	----

3. Praktische Konkordanz.....	22
-------------------------------	----

III. Unzumutbarkeit der Fortführung des Arbeitsverhältnisses als Auslegungsmaxime für die sachliche Rechtfertigung .....	24
--	----

1. Unzumutbarkeit als verbindlicher Rechtsgrundsatz.....	25
--	----

2. Unzumutbarkeit als regulatives Prinzip.....	27
--	----

3. Weitere rechtstheoretische Präzisierungsversuche .....	28
4. Stellungnahme .....	29
IV. Zusammenfassung .....	31

### **Dritter Teil: Prüfung der Beendigungsmöglichkeiten im geltenden Kündigungsschutzrecht anhand des obigen Maßstabs .....**

33

A. Umsetzung des Prinzips der einseitigen Vertragsbeendigungsfreiheit durch den Gesetzgeber .....	33
I. Ordentliche Kündigung ohne Rechtfertigungserfordernis .....	34
1. Formelle Beschränkungen .....	35
a. Fristgebundenheit .....	35
b. Schriftformerfordernis .....	37
2. Übereinstimmung mit zivilrechtlichen Wertentscheidungen .....	37
II. Zusammenfassung .....	38
B. Umsetzung des Prinzips der sachlichen Rechtfertigung der Vertragsbeendigung durch den Gesetzgeber .....	39
I. Ordentliche Kündigung mit sozialer Rechtfertigungspflicht .....	40
1. Regelungsaufgabe des Kündigungsschutzgesetzes .....	40
2. Die soziale Rechtfertigung gemäß § 1 Abs. 2 S. 1 KSchG .....	42
a. Struktur der sozialen Rechtfertigung .....	43
b. Rechtstheoretische Einordnung .....	44
aa. Abgrenzung von unbestimmtem Rechtsbegriff und Generalklausel .....	45
bb. Keine Einordnung als unbestimmter Rechtsbegriff .....	46
cc. Keine Einordnung als Kombination von unbestimmtem Rechtsbegriff und Generalklausel .....	47
dd. Einordnung als rechtstechnischer Begriff .....	47
ee. Zusammenfassung .....	49
c. Konkretisierung durch Heranziehung allgemeiner Prinzipien .....	49
aa. Prognoseprinzip .....	49

bb. Ultima-ratio-Prinzip.....	50
cc. Prinzip der Interessenabwägung.....	50
3. Regelungsgehalt der Kündigungsgründe .....	52
a. Arbeitnehmerbedingte Kündigungsgründe .....	52
aa. Personenbedingte Kündigung .....	52
bb. Verhaltensbedingte Kündigung.....	53
cc. Abgrenzung der beiden Kündigungsgründe voneinander .....	54
dd. Erheblichkeit des Verschuldens.....	55
b. Betriebsbedingte Kündigungsgründe.....	55
aa. Dringende betriebliche Erfordernisse.....	55
bb. Sonderfall: Echte Druckkündigung .....	56
cc. Abgrenzung zu den arbeitnehmerbedingten Kündigungsgründen .....	57
dd. Erheblichkeit des Verschuldens.....	58
4. Zusammenfassung.....	59
II. Außerordentliche Kündigung aus wichtigem Grund.....	60
1. Struktur des außerordentlichen Kündigungsrechts.....	61
2. Rechtstheoretische Einordnung .....	63
a. Keine Einordnung als unbestimmter Rechtsbegriff .....	65
b. Einordnung als Generalklausel .....	65
3. Regelungsgehalt des wichtigen Grundes gemäß § 626 Abs. 1 BGB.....	66
4. Berücksichtigung des Verschuldens der Parteien .....	66
III. Zusammenfassung.....	67
C. Nichterfassung der Zerrüttung des Arbeitsverhältnisses .....	69
 <b>Vierter Teil: Auflösung des Arbeitsverhältnisses gemäß §§ 9, 10 KSchG wegen Zerrüttung.....</b>	 <b>73</b>
A. Historische Betrachtung .....	74
I. Weimarer Republik.....	75
1. Gestaltung des Kündigungsschutzrechts .....	75

2.	Behandlung der Situation der Zerrüttung des Arbeitsverhältnisses .....	77
II.	Nationalsozialismus .....	78
1.	Gestaltung des Kündigungsschutzrechts .....	78
2.	Behandlung der Situation der Zerrüttung des Arbeitsverhältnisses .....	80
III.	Nachkriegsdeutschland .....	81
1.	Gestaltung des Kündigungsschutzrechts .....	81
a.	Britische Besatzungszone .....	82
b.	Amerikanische und französische Besatzungszone .....	84
c.	Sowjetische Besatzungszone .....	86
2.	Behandlung der Situation der Zerrüttung des Arbeitsverhältnisses .....	86
IV.	Bundesrepublik Deutschland seit 1951 .....	87
1.	Gestaltung des Kündigungsschutzrechts .....	88
2.	Behandlung der Situation der Zerrüttung des Arbeitsverhältnisses .....	91
a.	Kündigungsschutzgesetz in der Fassung von 1951 .....	91
b.	Kündigungsschutzgesetz in der Fassung von 1969 .....	93
V.	Zusammenfassung .....	95
B.	Vorliegen einer Zerrüttungssituation .....	96
I.	Begriff der Zerrüttung .....	99
1.	Zerrüttung im Eherecht .....	100
a.	Legitimation des sachlichen Rechtfertigung der Eheauflösung .....	101
b.	Zerrüttung als sachliche Rechtfertigung .....	103
c.	Auflösung der Ehe durch gerichtliche Entscheidung .....	104
d.	Zusammenfassung .....	105
2.	Zerrüttung im Wohnungsmietrecht .....	105
3.	Zerrüttung im Gesellschaftsrecht .....	107
a.	Außerordentliche Kündigung der Gesellschaft Bürgerlichen Rechts .....	107
b.	Auflösung einer Offenen Handelsgesellschaft .....	108

4.	Zusammenfassung.....	109
II.	Rechtstheoretische Einordnung der Zerrüttungsgründe.....	110
III.	Genereller Prüfungsmaßstab .....	113
IV.	Berücksichtigung des Verschuldens der Parteien .....	114
1.	Verschulden des Antragsgegners oder ihm zurechenbarer Personen.....	114
2.	Verschulden des Antragsstellers oder ihm zurechenbarer Personen.....	115
3.	Verschulden beider Arbeitsvertragsparteien.....	117
V.	Beurteilungszeitpunkt .....	117
VI.	Unzumutbarkeit der Fortführung des Arbeitsverhältnisses für den Arbeitnehmer.....	117
1.	Interessenlage .....	118
2.	Besonderer Prüfungsmaßstab .....	119
3.	Fallgruppen der Unzumutbarkeit.....	120
a.	Zusammenhang mit der Kündigung.....	120
aa.	Bloße Tatsache der Arbeitgeberkündigung.....	120
bb.	Art und Weise der Kündigung.....	122
cc.	Verstoß der Kündigung gegen das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz .....	123
dd.	Echte Druckkündigung .....	124
ee.	Ausspruch weiterer Kündigungen.....	124
b.	Zusammenhang mit dem Kündigungsschutzprozess.....	125
aa.	Prozessführung des Arbeitgebers .....	125
bb.	Störung des Verhältnisses zu Vorgesetzten und Kollegen.....	126
cc.	Zukünftiges vertragswidriges Verhalten des Arbeitgebers.....	126
dd.	Neues Arbeitsverhältnis des Arbeitnehmers .....	127
c.	Zusammenfassung.....	127
VII.	Nichterwartbarkeit weiterer gedeihlicher Zusammenarbeit für den Arbeitgeber .....	128
1.	Interessenlage .....	128
2.	Besonderer Prüfungsmaßstab .....	130

a.	Beachtung der maßgeblichen Prinzipien des Kündigungsschutzrechts.....	130
b.	Beachtung der Besonderheiten des konkreten Arbeitsverhältnisses.....	133
c.	Keine reine Wiederholung des Kündigungssachverhalts	134
3.	Fallgruppen der Nichterwartbarkeit weiterer gedeihlicher Zusammenarbeit .....	135
a.	Betriebliche Gründe.....	136
aa.	Allgemeine wirtschaftliche Gründe.....	136
bb.	Sonderfall: Echte Druckkündigung.....	137
b.	Gründe in der Person oder dem Verhalten des Arbeitnehmers.....	138
aa.	Geltendmachung weiterer überzogener Ansprüche neben der Kündigungsschutzklage.....	139
bb.	Beleidigungen, Drohungen oder Behauptung unwahrer ehrenrühriger Tatsachen.....	140
cc.	Unangemessene Verteidigung gegen die Kündigung.....	141
dd.	Verletzung von Loyalitätspflichten.....	142
ee.	Störung des betrieblichen Friedens .....	143
ff.	Verdacht einer Pflichtverletzung.....	144
gg.	Schlechtes Verhältnis zu Kollegen, Vorgesetzten und Kunden.....	144
hh.	Zusammenfassung.....	146
4.	Sonderregelung für leitende Angestellte.....	148
VIII.	Beiderseitige Annahme einer Zerrüttungssituation.....	149
1.	Entfallen der Prüfung der Auflösungsgründe .....	149
2.	Erforderlichkeit der Prüfung der Auflösungsgründe.....	150
3.	Stellungnahme .....	150
IX.	Darlegungs- und Beweislast.....	151
C.	Anbindung der Zerrüttung an das gerichtliche Verfahren .....	152
I.	Verfahrensrechtliche Voraussetzungen .....	153
1.	Zulässige und anhängige Kündigungsschutzklage .....	153
a.	Einordnung als Feststellungsklage .....	154

b.	Einordnung als Leistungsklage .....	156
c.	Einordnung als Gestaltungs-klage .....	157
d.	Stellungnahme.....	159
aa.	Grammatikalische Auslegung.....	159
bb.	Systematische Auslegung.....	159
(1)	Fehlende gerichtliche Gestaltung .....	160
(2)	Wortlaut des § 1a Abs. 1 S. 1 KSchG .....	160
(3)	Wortlaut des § 9 Abs. 1 S. 1 KSchG .....	160
(4)	Wortlaut der §§ 11 S. 1, 12 KSchG .....	161
(5)	Zusammenschau mit den Regelungen des BGB.....	162
cc.	Historische Auslegung .....	163
dd.	Teleologische Auslegung .....	163
(1)	Rechtsschutzziel des Arbeitnehmers.....	164
(2)	Unmittelbare Regelungswirkung der Feststellungsklage.....	164
ee.	Ergebnis .....	166
2.	Antrag gerichtet auf Auflösung des Arbeitsverhältnisses.....	166
a.	Zeitpunkt der Antragsstellung .....	167
b.	Inhaltliche Anforderungen an den Antrag .....	168
c.	Möglichkeit der Rücknahme des Antrags.....	169
II.	Materiell-rechtliche Voraussetzungen .....	169
1.	Bestehendes Arbeitsverhältnis .....	169
2.	Anwendbarkeit des Kündigungsschutzgesetzes.....	170
3.	Angestrebte Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch den Arbeitgeber .....	171
a.	Sozialwidrige ordentliche Kündigung .....	171
aa.	Arbeitgeberantrag nur zulässig, wenn andere Unwirksamkeitsgründe nicht dem Schutz des Arbeitnehmers dienen.....	172
bb.	Arbeitgeberantrag nur zulässig, wenn Kündigung lediglich sozialwidrig.....	174
cc.	Arbeitgeberantrag immer zulässig .....	175
dd.	Stellungnahme.....	175

b.	Unbegründete außerordentliche Kündigung .....	177
aa.	Lediglich Auflösungsantrag des Arbeitnehmers zulässig.....	177
bb.	Auch Auflösungsantrag des Arbeitgebers zulässig.....	179
cc.	Auflösungsantrag des Arbeitgebers nur gegenüber ordentlich unkündbaren Vertrauensträgern zulässig.....	179
dd.	Stellungnahme.....	180
(1)	Grammatikalische Auslegung.....	181
(2)	Historische Auslegung .....	181
(3)	Systematische Auslegung .....	182
(4)	Teleologische Auslegung .....	183
(5)	Zusammenfassung.....	185
(6)	Vorschlag für eine Neuregelung .....	186
c.	Sittenwidrige Kündigung.....	187
d.	Aus sonstigen Gründen unwirksame Kündigung.....	188
aa.	Antrag des Arbeitnehmers .....	189
(1)	Keine Antragsbefugnis .....	189
(2)	Bestehen der Antragsbefugnis.....	189
(3)	Stellungnahme.....	190
bb.	Antrag des Arbeitgebers .....	191
e.	Sozialwidrige Änderungskündigung .....	192
aa.	Keine Antragsbefugnis.....	192
bb.	Antragsbefugnis gerichtet auf Aufhebung des Arbeitsverhältnisses.....	194
cc.	Antragsbefugnis gerichtet auf Ablösung einzelner Arbeitsbedingungen.....	195
dd.	Stellungnahme.....	196
f.	Unwirksame Befristungsabrede .....	197
g.	Unwirksamer Aufhebungs- beziehungsweise Abwicklungsvertrag.....	198
h.	Zusammenfassung.....	199
4.	Beachtung des besonderen Kündigungsschutzes .....	200
5.	Beteiligung des Betriebsrates .....	202



D. Entscheidung des Gerichts .....	203
I. Primärrechtliche Folgen der Zerrüttung .....	203
1. Vereinbarkeit mit Art. 14 GG .....	204
a. Verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigter Eingriff in Art. 14 GG .....	205
b. Kein Verstoß gegen Art. 14 GG .....	207
c. Stellungnahme .....	208
2. Vereinbarkeit mit Art. 3 Abs. 1 GG .....	210
a. Verfassungsrechtlich nicht gerechtfertigte (Un-) Gleichbehandlung .....	211
b. Kein Verstoß gegen Art. 3 GG .....	213
c. Stellungnahme .....	214
3. Vereinbarkeit mit dem Rechtsstaatsgebot aus Art. 20 Abs. 3 GG .....	217
a. Verstoß gegen das Rechtsstaatsgebot aus Art. 20 Abs. 3 GG .....	217
b. Kein Verstoß gegen das Rechtsstaatsgebot aus Art. 20 Abs. 3 GG .....	218
c. Stellungnahme .....	218
4. Zusammenfassung .....	218
II. Sekundärrechtliche Folgen der Zerrüttung .....	219
1. Rechtsnatur der Abfindung .....	220
a. Entschädigung eigener Art .....	221
b. Ersatz für den Verlust des eigentlichen Arbeitsentgeltes .....	222
c. Schadensersatz .....	223
d. Arbeitsrechtlicher Anspruch sui generis .....	223
e. Stellungnahme .....	224
aa. Prozessrechtliche Argumentation .....	225
bb. Insolvenzzrechtliche Argumentation .....	226
cc. Prozesskostenhilferechtliche Argumentation .....	226
dd. Steuerrechtliche Argumentation .....	227
ee. Sozialrechtliche Argumentation .....	227
ff. Ergebnis .....	229

2.	Höhe der Abfindung.....	230
a.	Ermittlung mit Hilfe von Faktoren.....	230
aa.	Umstände in der Person der Arbeitsvertragsparteien .....	231
bb.	Vor- und Nachteile der Auflösungsentscheidung für den Arbeitnehmer .....	232
cc.	Verantwortlichkeit der Arbeitsvertragsparteien für die Auflösung.....	233
dd.	Zusammenfassung.....	234
b.	Kappungsgrenzen.....	235
c.	Vorschlag für eine Neuregelung .....	236
3.	Konkurrenz zu anderen Ansprüchen .....	237
a.	Gesetzliche Abfindungsansprüche .....	237
b.	(Kollektiv-) Vertragliche Abfindungsansprüche.....	238
c.	Schadensersatzansprüche .....	239
III.	Prozessuale Einordnung des Urteils nach §§ 9, 10 KSchG .....	242
E.	Zusammenfassung.....	243
F.	Nichterfassung der Zerrüttung im ungekündigten Arbeitsverhältnis .....	244

<b>Fünfter Teil:</b>	<b>Analoge Anwendung der §§ 9, 10 KSchG im ungekündigten zerrütteten Arbeitsverhältnis .....</b>	<b>247</b>
A.	Ablösung des Bestandsschutzsystems durch ein Abfindungssystem .....	249
B.	Unzumutbarkeit der Fortführung des Arbeitsverhältnisses für den Arbeitnehmer im ungekündigten Arbeitsverhältnis .....	252
I.	Gesetzliche Ausgangslage.....	253
1.	Eigenkündigung durch den Arbeitnehmer .....	253
2.	Kompensation des zerrüttungsbedingten Verlustes des Arbeitsverhältnisses gemäß § 628 Abs. 2 BGB.....	253
a.	Schuldhafte Pflichtverletzung des Arbeitgebers.....	255
b.	Ersatzfähiger Schaden .....	256
c.	Spezialität gegenüber anderen Ansprüchen.....	257
3.	Zusammenfassung.....	258

II.	Vorliegen einer Regelungslücke .....	258
III.	Planwidrigkeit der Regelungslücke.....	260
1.	Gesetzliche Beschränkung der Ansprüche des Arbeitnehmers gegen den Arbeitgeber nach Eigenkündigung .....	261
2.	Analoge Anwendung der §§ 9, 10 KSchG im Rahmen des § 628 Abs. 2 BGB durch das Bundesarbeitsgericht.....	262
3.	Notwendigkeit der darüber hinausgehenden analogen Anwendung der §§ 9, 10 KSchG.....	263
a.	Kein überwiegendes Beendigungsinteresse beider Arbeitsvertragsparteien .....	263
b.	Keine Schutzbedürftigkeit des Arbeitnehmers .....	264
c.	Weitere Verkomplizierung des Kündigungsschutzrechts.....	265
d.	Zusammenfassung.....	266
IV.	Zusammenfassung.....	266
C.	Nichterwartbarkeit der weiteren gedeihlichen Zusammenarbeit für den Arbeitgeber .....	267
I.	Gesetzliche Ausgangslage.....	267
II.	Vorliegen einer planwidrigen Regelungslücke .....	268
III.	Zusammenfassung.....	269
D.	Zusammenfassung.....	269
	<b>Sechter Teil: Ergebnisse.....</b>	<b>271</b>